

Zur Problematik wirtschaftspolitischer Zielsetzungen

Wilhelm, Herbert

Veröffentlicht in:
Abhandlungen der Braunschweigischen
Wissenschaftlichen Gesellschaft Band 21, 1969,
S.356-364



Friedr. Vieweg & Sohn, Braunschweig

Zur Problematik wirtschaftspolitischer Zielsetzungen

Von Herbert Wilhelm

(Eingegangen am 7. 10. 1968)

In seinem berühmten Aufsatz „Über die ‚Objektivität‘ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis“ schrieb *Max Weber* 1904: „denn wir sind der Meinung, daß es niemals Aufgabe einer Erfahrungswissenschaft sein kann, bindende Normen und Ideale zu ermitteln, um daraus für die Praxis Rezepte ableiten zu können“¹⁾. Diese Worte sind in der Nationalökonomie für viele Jahrzehnte gleichsam als grundgesetzliche Verankerung des Postulats der Werturteilsfreiheit respektiert und befolgt worden. An ihnen wurden alle wirtschaftswissenschaftlichen Probleme und Theorien gemessen und nur solche als „objektiv“ anerkannt, die der Weberschen Forderung genügten. Mehr noch: die Furcht vor Grenzüberschreitungen veranlaßte die Nationalökonomie, sich in den folgenden Jahren immer stärker in den aseptischen „Elfenbeinturm“ der „reinen Theorie“ zurückzuziehen und sich selbst als eine Wissenschaft zu begreifen, deren vornehmste Aufgabe in der Errichtung eines Systems formaler Begriffsbeziehungen bestehe. *Walter Eucken* bezeichnete die Vertreter dieser Schule zurecht als „Begriffsnationalökonom“ und warf ihnen vor, daß aus „... diesem Kardinalfehler sich Wirklichkeitsfremdheit und Sektenbildung ... (ergeben)“²⁾. Solange in dieser Entwicklung nur eine isolierte, rein akademische Problematik gesehen zu werden brauchte, die zunächst ohne größeren Einfluß auf ökonomische und soziale Verhältnisse blieb, fehlte der unmittelbare Bezug zu aktuellen, empirischen Problemen der Wirtschaftspolitik.

Den ersten Einbruch in die Abgeschlossenheit und Selbstsicherheit erlitt die Nationalökonomie durch den Ausbruch des ersten Weltkrieges und die damit verbundenen neuartigen Anforderungen an eine moderne Industriegesellschaft. Verständlich, daß sich der nationalen Begeisterung auch die deutschen Nationalökonominnen nicht entziehen mochten und sich bemühten, mit ihren Erkenntnissen, mit ihren „geistigen Waffen“ zum baldigen Sieg beizutragen. Aus jener Zeit stammt ein wirtschaftswissenschaftliches Kuriosum aus der Feder eines sehr bekannten und im übrigen verdienstvollen Gelehrten, der allen Ernstes behauptete, durch Abschaffung der Goldwährung England zur Kapitulation zwingen zu können³⁾. Um der Gerechtigkeit willen müssen wir allerdings anerkennen, daß ein solcher Irrtum in der damaligen Zeit eher verständlich erscheint als ein ähnlicher Vorschlag, nur mit umgekehrten Vorzeichen, der

1) *Weber, Max*: „Über die ‚Objektivität‘ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis“, in: *Weber, Max*: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, 3. Aufl., Tübingen 1968, S. 148. Vgl. auch ders.: Wissenschaft als Beruf, a. a. O. S. 582ff.

2) *Eucken, W.*: Grundlagen der Nationalökonomie, 7. Aufl. Berlin 1959, S. 29.

3) Vgl. *Liefmann, Robert*: Geld und Gold, Stuttgart 1916, Kap. X.

nachdrücklich heute von einem bekannten Staatsmann der westlichen Welt in seinem Kampf gegen die politische Machtausdehnung der Vereinigten Staaten propagiert wird⁴). Geradezu katastrophale Auswirkungen für das Gebäude der Begriffsnationalökonomie hatte die große Weltwirtschaftskrise der Dreißiger Jahre. In der Selbstisolierung erstarrt, der wirtschaftlichen und politischen Wirklichkeit entfremdet, versagte sie gerade in einer Situation, auf deren genaue Analyse die Öffentlichkeit zumindest Anspruch gehabt hätte, wenn nicht sogar auf eine rechtzeitige Vorwarnung oder auf die Bereitstellung instrumentaler Programme, um wirkungsvoll gegen die Krisenerscheinungen ankämpfen zu können.

Diese bitteren Erfahrungen waren zugleich ein heilsamer Schock, der überall in der Welt die Nationalökonomie aus ihrer Abstinenz gegenüber wirtschafts- und sozialpolitischen Aufgaben wachrüttelte und zu intensiver empirischer Forschung anregte. Zwar blieben die deutschen Wissenschaftler noch bis Ende des zweiten Weltkrieges von diesem Trend ausgeschlossen, aber unter geistiger Führung von *Lord Keynes*, des Erneuerers einer wieder der Realität zugewandten Wirtschaftstheorie, brachte das Währungsabkommen von Bretten Woods 1944 den Beweis, daß in den angelsächsischen Ländern der Ausbruch aus der Erstarrung zumindest teilweise geglückt war. Allerdings drohten diese erfolgreichen Ansätze in einer anderen Strömung unterzugehen, die zwar aus einer anderen Quelle floß, aber dennoch der Neigung vieler Theoretiker entgegenkam, die Konfrontation mit der Realität zu vermeiden: Der Siegeszug mathematischer Methoden in der Wirtschaftstheorie erlaubt Modellkonstruktionen von bisher nie erreichter Vielfalt und formaler Exaktheit. Aus geringfügigen Variationen einer oder weniger entscheidender Variablen, der Entwicklung neuartiger mathematischer Ansätze, wie z. B. die Theorie der Spiele, und aus der Verwendung elektronischer Rechenmaschinen erwachsen neue Problemstellungen für die Theorie, deren Beziehung zur wirklichen Wirtschaft immer lockerer zu werden schien. Aber andererseits vermehrt dieses Arsenal von Modellen und Methoden die Möglichkeiten, die theoretischen Erkenntnisse an konkreten Situationen der ökonomischen Wirklichkeit zu überprüfen, Korrekturen vorzunehmen und letztlich die Rückkehr zur wirtschaftlichen Erfahrung, Ausgangspunkt alles wirtschaftswissenschaftlichen Denkens, zu vollziehen.

Jedoch — und hier liegt unser eigentliches Problem — nach wie vor hält sich die wissenschaftliche Analyse streng an das Webersche Postulat, unter allen Umständen Werturteile zu vermeiden. Auch wenn, wie etwa von *Weippert*⁵), die ursprünglich viel umfassendere Grenzziehung eingengt wurde, besteht auch heute noch die Tatsache, daß die Theorie, vor allem in der wissenschaftlichen Wirtschaftspolitik deutlich hervortretend, nur zögernd und mit ausgesprochener Zurückhaltung die wirtschaftspolitischen *Ziele* wissenschaftlich-kritisch in Frage stellt. Wir brauchen an dieser Stelle nicht im Detail den Ursachen dieser Selbstbeschränkung nachzugehen, weil zunächst allein das äußere Erscheinungsbild für unsere Problemformulierung ausreicht, im übrigen aber einige wichtige Einzelheiten im weiteren Verlauf unserer Überlegungen

⁴) „Die Aggression des Generals“, in: „Der Volkswirt“ 21. Jahrg., Nr. 48, 1967, S. 2636

⁵) Vgl. *Weippert, Georg*: Vom Werturteilsstreit zur politischen Theorie, Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 49 (1939 I).

noch berücksichtigt werden sollen. Dieses Situationsbild ist also dadurch gekennzeichnet, daß, bewußt oder ungewollt, das Erkenntnisobjekt der wissenschaftlichen Wirtschaftspolitik als „angewandte Theorie“ fast ausschließlich dem Bereich der *Mittelanalyse* und des *Miteinsatzes* angehört. Anders ausgedrückt: *ihr Erkenntnisobjekt sind die Mittel für gegebene Zwecke*. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Wissenschaftler den Zweck selbst aus einer Reihe von möglichen auswählt, oder ob er ihm von dritter Seite präsentiert wird. Erkenntnisziel bleibt in beiden Fällen ausschließlich die Analyse der für diesen vorgegebenen Zweck geeigneten Mittel, und zwar nach Art, Qualität, Quantität, Kosten sowie zeitlichen und räumlichen Einsatz.

Vor kurzem hat *Adolph Lowe* diese Situation durch ein Beispiel aus einer ingenieurwissenschaftlichen Disziplin illustriert: „Whether an engineer designs a thermostat or builds a loom, his optimization criterion is one and the same . . . He is always concerned with achieving *maximum technical efficiency*“⁶⁾.

Im Gegensatz zur Technik tritt in allen ökonomischen Problemen jedoch ein zusätzliches, letztlich entscheidendes Kriterium hinzu, das sowohl der Analyse als auch der optimalen Mittelauswahl erhebliche Schwierigkeiten bereitet: der lebendige Mensch mit seinen vielfältigen Motiven, Verhaltensweisen und oft unvorausehbaren Aktionen und Reaktionen, eingebettet in die geistige Situation seiner Zeit. Diese Kombination aus sachlichen, persönlichen, geistigen und kulturellen Elementen charakterisiert das Erkenntnisobjekt der Nationalökonomie, die grundsätzlich mit analytischen und synthetischen Denkansätzen, wie in allen übrigen Wissenschaften, ihre Erkenntnisse zu gewinnen sucht. Aber die Wirtschaftspolitik als angewandte Disziplin bevorzugt die finale Analyse, von *Lowe* als Instrumentalanalyse bezeichnet, weil ihre Aufgabenstellung eben auf die Erfüllung gegebener Zwecke ausgerichtet ist, während die „reine Theorie“ sich vorwiegend der Kausalanalyse bedient, um die ökonomischen Erscheinungen und Prozesse in einem Ursache-Wirkungs-Zusammenhang erklären zu können. Diese Differenzierung im Erkenntnisziel ist keineswegs bloß eine „Arbeitsteilung“ zwischen den Disziplinen, sondern eine durch die jeweilige Aufgabenstellung notwendige Spezialisierung, die eine *sachadäquate Problemstellung* sowie eine *problemadäquate Methodik* erfordert. Vor allem die Problemstellung ist es, die uns hier interessiert, weil in erster Linie von ihr das Verfahren und die Ergebnisse der Untersuchung abhängen. Wenn aber der wissenschaftlichen Wirtschaftspolitik die Aufgabe zugewiesen ist, die geeigneten *Mittel* für ein Ziel oder eine Zielgruppe zu bestimmen, dann können optimale Lösungen nur erwartet werden, sofern die *Ziele selbst* vorher eindeutig definiert, in ihren Elementen erkannt und nach ihren Auswirkungen und Zusammenhängen analysiert worden sind. Der der Wirtschaftspolitik eigentümliche teleologisch-instrumentale Ansatz verlangt die konsequente Zieldefinition und Zielanalyse; ohne diese „Vorleistung“ verliert er seine Effizienz und seinen Sinn.

Gegen diese fast triviale Forderung wird nicht nur in der praktischen, sondern auch in der wissenschaftlichen Wirtschaftspolitik recht häufig verstoßen. Einige markante Beispiele mögen diese Behauptung beweisen:

⁶⁾ *Lowe, Adolph*: On Economic Knowledge, New York 1965, S. 135.

1. Trotz der offensichtlichen Anzeichen für den konjunkturellen Aufschwung besteht zwischen Bundesregierung, Bundesbank, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften keine einheitliche Meinung, ob weiterhin wirtschaftsstimulierende Maßnahmen ergriffen werden sollen;
2. der zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage eingesetzte Sachverständigenrat ist der Ansicht, daß gegenwärtig eine höhere Wachstumsrate angestrebt werden könne als von offiziellen Stellen befürwortet wird.
3. Ungeklärt — in der wirtschaftspolitischen Praxis — ist nach wie vor die Frage, welche Arbeitslosenquote optimale Vollbeschäftigung bedeutet: 1,2 % oder 0,8 % ?
4. Heftig umstritten sind die Subventionen an strukturschwache Wirtschaftszweige; auch hier besteht keine Einigkeit über das Ziel, das von den politischen Instanzen angestrebt wird.
5. Und letztlich: welche quantitativen Elemente enthält, ganz konkret, die Forderung nach „Sozialer Symmetrie“ ?

Solange darüber Zweifel bestehen, ob alle wirtschaftspolitisch verantwortlichen Institutionen sich auf einen gemeinsamen Zielinhalt geeinigt haben, solange bestehen auch berechtigte Bedenken und Befürchtungen, daß die vorgeschlagenen und eingesetzten Mittel nicht ihre volle Wirkung entfalten, deshalb aber auch keine „rationale“ Wirtschaftspolitik praktiziert werden kann.

Diese Situation fordert geradezu eine wissenschaftliche Klärung der Zielproblematik heraus; denn erstens ist die Verifizierung der durch die Theorien entworfenen Mittel nur durch die Realität überzeugend zu erbringen und zweitens ist der Maßstab für eine solche Beurteilung allein der durch diese Instrumente erreichte Grad der Zweckerfüllung. *Rationaler Mitteleinsatz, d. h. rationale Wirtschaftspolitik setzt rationale Zielerkenntnis voraus!* Damit erfährt das Erkenntnisobjekt der Nationalökonomie eine entscheidende Erweiterung, die, nebenbei gesagt, auch von besonderer Bedeutung für die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre sein wird. Wissenschaftstheoretisch gleichberechtigt tritt neben die Instrumentalanalyse, die bisher im Vordergrund stand, zusätzlich die *Zweck- oder Zielanalyse*. Man wird darüber nachzudenken haben, ob sich aus den vorhandenen Ansätzen und den noch zu erwartenden Ergebnissen derartiger Untersuchungen ein System der Ziele entwickeln läßt; sicher kann zu diesem Zeitpunkt darüber nicht mehr ausgesagt werden, als daß dieses wissenschaftstheoretische Ziel angestrebt werden muß, um dieser Spezialdisziplin die erforderliche Intensität, Sicherheit und vor allem das differenzierende Auswahlprinzip zu verleihen.

Viel wichtiger und dringender aber als diese Systemproblematik erscheint mir der Abbau der Grenzen zu sein, die unter dem Einfluß des Postulats der Wertneutralität verhinderten, daß sich die Nationalökonomie ebenso unbefangen den Zwecken widmete, wie sie es hinsichtlich der Mittel seit ihren ersten Anfängen getan hatte. Gerade im Interesse der Wahrheitsfindung kann die bisherige Selbstverleugnung nicht weiter praktiziert werden, und es genügt heute auch nicht, „die allein durch die praktische Wirtschaftspolitik aufzustellenden und von dieser zu verantwortenden Ziele als feste Daten in ihre

Gedankenführung einzubauen⁷⁾. Vielmehr ergibt sich aus der Fortsetzung dieses Zitates, daß nämlich „die Wirtschaftspolitik die Ziele erkenntnismäßig zu erfassen, folgerichtig zu durchdringen und die wirtschaftlich besten Wege aufzuzeigen (hat)“⁸⁾, der Auftrag an die Wissenschaft, auch solche Ziele „erkenntnismäßig zu erfassen“, die von den politischen Instanzen überhaupt noch nicht als solche erkannt, diskutiert oder aufgestellt worden sind. Mit anderen Worten: Die Analyse der Ziele kann, ja muß, auch ohne die politische Sanktion erfolgen, weil sie diese nicht als Voraussetzung benötigt, um als Erkenntnisobjekt anerkannt werden zu können. Abgesehen von den Erfordernissen der Praxis, die immer stärker auf die Beratung durch die Wissenschaft angewiesen ist und aus einleuchtenden Gründen möglichst schnell exakte Antworten auf ihre Fragen erwartet, ist es ein konstituierendes Element der Wissenschaftsfreiheit, sich ihre Probleme selbst wählen zu können. Wie *Meinhold* jedoch zu Recht bemerkt, fehlt diesen Zielen allerdings die Verbindlichkeit für die praktische Politik und damit wird der Schlüssel geliefert, der der Nationalökonomie das Tor zur Zielanalyse eröffnet, ohne in Gefahr zu geraten, mit dem Postulat der Werturteilsfreiheit zusammenzustoßen. Denn Werturteile sind jene Urteile, welche den Bestand irgend einer Wertrelation anerkennen⁹⁾. Verzichtet man auf diese kategorische Verbindlichkeit, so verlieren alle Aussagen über Werte den imperativen Charakter, wandeln sich zu Urteilen über hypothetisch angenommenes Sein.

Wesentlich erleichtert wird dieser Prozeß der Objektwandlung durch den Einsatz des der Nationalökonomie spezifischen Auswahlprinzips, welches die empirischen Tatbestände — oder die als solche gedanklich konzipierten — mit den ökonomischen Kategorien Aufwand und Ertrag vergleicht, von den nicht korrespondierenden Faktoren abstrahiert und somit allein den wirtschaftswissenschaftlich relevanten Kern in das Erkenntnisobjekt überführt. Auf diese Weise werden bei sorgfältiger Anwendung Konflikte mit *allen* außerökonomischen Elementen, also auch mit ethischen, sozialen, ästhetischen, und damit Grenzüberschreitungen, insbesondere Werturteile, vermieden.

Freilich, diese Selbstbeschränkung der Nationalökonomie kann und darf nicht implizieren, daß sie die nichtökonomischen Faktoren völlig negiert; vielmehr muß sie diese auch bei ihren Analysen berücksichtigen, und zwar in der Weise, daß sie die aus den jeweiligen Fachwissenschaften resultierenden Erkenntnisse hinsichtlich Ursache—Wirkung, Motivationen, Verbindlichkeit, Rangordnung usw. als Datum übernimmt. Wie weit diese „Fremdinformation“ aufgegliedert sein muß, hängt von der jeweiligen Problematik ab und muß daher von Fall zu Fall entschieden werden. Erforderlich dürften in der Regel jedoch Angaben über die Gründe, Motive, Ursachen jener außerökonomischen Erscheinungen sein, um der Nationalökonomie die Möglichkeit zu geben, die daraus resultierenden ökonomischen Konsequenzen in eigener Zuständigkeit abzuleiten.

Im Hinblick auf ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft sollte die Nationalökonomie soweit wie möglich ihre Untersuchungen auf solche Ziel-

⁷⁾ *Meinhold, Wilhelm*: Volkswirtschaftspolitik, München 1955, S. 3.

⁸⁾ *Meinhold, Wilhelm*: a. a. O.

⁹⁾ *Eisler*, Wörterbuch der philosophischen Begriffe, Berlin 1930, Bd. III, S. 517.

probleme ausdehnen, die unmittelbar für die Lösung aktueller Fragen der praktischen Wirtschaftspolitik von Bedeutung sind. Deren Mannigfaltigkeit und graduelle Differenzierung lassen es ohne große Schwierigkeiten zu, daß bei der Problemauswahl und Problemformulierung auch die Anliegen der Theorie, wie z. B. Entwicklung und Überprüfung von Modellen, Methoden und Theoreme gebührende Berücksichtigung finden, so daß auch die Grundlagenforschung sich dieser Aufgabe mit Gewinn zuwenden kann.

Diese Hinwendung zur Realität ist überdies eine Forderung, die nicht nur immer wieder von der Praxis erhoben wird, sondern die zu Recht in den neuesten Veröffentlichungen amerikanischer Theoretiker, vor allem von *Adolph Lowe*, im Interesse des *wissenschaftlichen* Fortschritts unserer Disziplin aufgestellt wird. Nur insofern nämlich, als es den auf der Instrumentalanalyse beruhenden Maßnahmen der wirtschaftspolitischen Instanzen gelingt, die Realität an die Zielbedingungen heranzuführen, können „empirically valid — not merely logically correct — statements“ (*Lowe*) den Untersuchungen entnommen werden. Unter diesen wissenschaftstheoretischen Aspekten wird es geradezu unerlässlich, daß sich die Wirtschaftstheorie, im übrigen auch ganz im Sinne *Walter Euckens*, der Erfahrung und damit selbstverständlich auch den wirtschaftspolitischen Zielen als deren Bestandteil widmet.

Es sind also drei wichtige Gründe, die zu dieser Erweiterung des national-ökonomischen Erkenntnisobjektes anregen, nämlich

1. Herstellung von Verifizierungsmöglichkeiten theoretischer Erkenntnisse und damit Überprüfung und Kontrolle von Modelltheorien;
2. die sachlogische Notwendigkeit des Aufbaues eines zweckrationalen, systematischen Instrumentariums;
3. Wissenschaftliche Vorbereitung einer rationalen, praktikablen Wirtschaftspolitik.

Obwohl prinzipiell der wissenschaftlichen Wirtschaftspolitik aus jedem dieser drei Gründe neue Aufgaben erwachsen, liegt der Schwerpunkt ihrer Arbeit doch auf dem Gebiet der Mittel- und Zielanalyse und in dieser Weise im *Vorfeld* der praktischen Wirtschaftspolitik, zu der sie durch die Mitwirkung an konkreten aktuellen Problemen einen unmittelbaren Zugang erhält.

Jedoch ist es für die *Zielanalyse* selbst prinzipiell ohne Bedeutung, ob die Zielsetzung aus realen politischen Entscheidungen oder aus einer wissenschaftlichen Arbeitshypothese resultiert. In jedem Fall besteht die wissenschaftliche Aufgabe darin, durch Beschreibung und Zergliederung mit Hilfe problemadäquater Verfahren Form, Inhalt und Struktur des Zieles exakt zu bestimmen, die qualitativen und quantitativen Elemente zu definieren und ihre Auswirkungen — kausal, funktional — verständlich zu machen. Die gewonnenen Ergebnisse führen zu einer *Zieldefinition*, in der alle wesentlichen Kategorien enthalten sind, und aus der sich eine möglichst *operationable* Zielfunktion entwickeln lassen sollte.

An Stelle weiterer allgemeiner Überlegungen soll versucht werden, an Hand eines konkreten Beispiels die Probleme, Methoden, Chancen und Grenzen der Zielanalyse aufzuzeigen.

Ein seit vielen Jahrzehnten diskutiertes und in der Gegenwart wieder durch ein Gutachten von *Wilhelm Krelle* aktualisiertes Problem¹⁰⁾ ist die Vermögensbildung und „gerechte“ Vermögensverteilung. Wenn wir uns von allen differenzierten Meinungen, wie sie in politischen Programmen aller Schattierungen zum Ausdruck kommen, lösen und zu einer *rationalen Zieldefinition* kommen wollen, dann müssen wir zunächst klare Definitionen der Begriffe „Vermögen“ und „gerechte Vermögensverteilung“ gewinnen. Aber schon hier beginnen die Schwierigkeiten, weil weder aus der Literatur noch aus der Diskussion ersichtlich ist, welchen konkreten Inhalt diese Definitionen besitzen. Exemplarisch hierfür nur einige Fragen:

a) Welche Gegenstände, Rechte gehören zum Vermögen? Einmütigkeit besteht hinsichtlich Grundvermögen, Eigenheim, Eigentumswohnungen usw., Sparguthaben aller Art; Wertpapierbesitz, Edelmetalle. Fragwürdig sind andere Rechte, etwa Ansprüche an private und öffentliche Rentenschuldner, Beteiligungen an Unternehmen; und vor allem: gehören langlebige Wirtschaftsgüter, wie Haushaltsgeräte, Wohnungseinrichtungen, Kunstgegenstände, Autos, zum Vermögen, das hier Gegenstand unserer Überlegungen ist? Überhaupt nicht gefragt wurde, wessen Vermögen denn eigentlich gemeint sei: der Unternehmer, der Haushalte, des Staates? Stillschweigend wird in der sozialpolitischen Diskussion unterstellt, daß es sich bei diesem Problem nur um das Vermögen der Arbeitnehmer handle; dabei wird freilich übersehen, daß für viele Selbständige mit geringem Einkommen die Vermögensbildung zusätzliche Probleme aufwirft, da ihnen — wenigstens bis zu diesem Zeitpunkt — die gesetzliche Sozialversicherung verschlossen ist. Gehört zum Inhalt des Vermögens nicht auch seine Wertbeständigkeit und mindestens die Regenerationsfähigkeit als Ausgleich seines natürlichen Verschleißes? Soll nicht auch darüber hinaus aus dem Vermögen ein zusätzliches Nominaleinkommen fließen, da bloßer Besitz allein nur beschränkte Sicherheit gewährt? Müßte man nicht auch wenigstens teilweise die Berufsausbildung berücksichtigen, also „geistiges“ Vermögen, das für viele Millionen der einzige Besitz war, mit dem sie nach dem Krieg und nach der Vertreibung ihre wirtschaftliche Existenz wieder aufbauten?

b) Alle diese Fragen sollten beantwortet sein, bevor der nächste Schritt der Zielanalyse getan werden kann; dieser besteht in unserem Beispiel darin,

1. den Personenkreis zu bestimmen, der durch die politischen Maßnahmen begünstigt werden soll;
2. quantitative Kriterien aufzustellen, die die angestrebte Höhe des Vermögens festlegen;
3. qualitative Selektion der Vermögensarten, die gefördert werden sollen;
4. Bestimmung der zeitlichen Gültigkeit dieses Zieles;
5. die Wechselbeziehungen zwischen diesen Zielen und anderen Zielen, etwa „Mitbestimmung“, „Soziale Sicherheit“, „Privateigentum“, „Wirtschaftliches Wachstum“, „Vollbeschäftigung“ — aufzuzeigen, die positiven und negativen Auswirkungen dazulegen und die Entscheidung durch die Aufstellung einer geordneten Zielgruppe vorzubereiten.

¹⁰⁾ *Krelle, W.*: Überbetriebliche Ertragsbeteiligung, Tüb. 1968.

Die Aufstellung einer Rangordnung aller Ziele, die in direktem oder mittelbarem Zusammenhang mit der Vermögensbildung stehen, setzt die Existenz eines Maßstabes voraus, mit dem der Wirtschaftswissenschaftler aus seiner Sicht die Wertigkeit der einzelnen Zielelemente zu bestimmen vermag. Dieser Maßstab muß natürlich auf dem Erkenntnisobjekt der Nationalökonomie basieren und in Einklang mit dem wirtschaftswissenschaftlichen *Identitätsprinzip* stehen. Daraus ergibt sich eindeutig, mit welchen Kategorien die Wertigkeit der Elemente einer Zielgruppe zu beurteilen ist: *dasjenige Ziel steht am höchsten, dessen Verwirklichung die positive Differenz zwischen gesamtwirtschaftlichem Ertrag und gesamtwirtschaftlichem Aufwand im Verhältnis zu allen anderen Zielen maximiert.*

Diesem Makroziel müssen die übrigen Zwecke in ihrer ebenfalls zu ermittelnden Rangstellung untergeordnet werden, so daß sich am Ende der Analyse eine Wertigkeitspyramide ergibt, aus der man den Produktivitätsbeitrag jedes Zieles erkennen kann. Eine beachtenswerte Konsequenz dieser Zielordnung besteht zudem darin, daß die untergeordneten Ziele ihre Selbständigkeit verlieren können, wenn sie als Vorstufe zur Erfüllung des Makrozieles notwendig werden sollten. Insofern ist in der Zielanalyse auch teilweise ein instrumentalanalytischer Ansatz enthalten.

Zweifellos erfordert dieser Teil der Zielanalyse den größten Arbeitsaufwand, da nicht nur die in unserem Beispiel genannte, sondern eine erheblich umfangreichere Anzahl von gegebenen oder möglichen Zielsetzungen zu beachten ist. Darüber hinaus entstehen gerade hier jene kritischen Berührungspunkte mit außerökonomischen Zweck- oder Wertsetzungen, von denen eingangs gesprochen wurde und die den Werturteilsstreit auslösten.

c) Aus dieser Überlegung resultiert die entscheidende Phase jeder Zielanalyse: Nachdem der rein ökonomische Gehalt der einzelnen Elemente festgestellt und ihre Rangordnung ebenfalls auf Grund des *rein* wirtschaftlichen Makrozieles etabliert wurden, muß nunmehr geprüft werden, ob diese Zielpyramide außerökonomischen Wertvorstellungen gerecht wird. So mag beispielsweise erkannt worden sein, daß die Vermögensbildung in langfristiger Betrachtung an der Spitze aller ökonomischen Ziele steht, weil durch sie der größte Wohlstandbeitrag erzielt wird. Trifft dieses Urteil aber auch noch zu, wenn, wie angenommen, eine „gerechte“ Vermögensverteilung postuliert worden ist? Kann, — darf, der Nationalökonom als Wissenschaftler Stellung nehmen oder muß er dem Weber'schen Vorschlag Folge leisten und darf nur seine subjektive Meinung äußern? Nach alledem, was wir bisher untersucht haben, kann die Antwort nicht mehr unbestimmt sein: Der Wirtschaftswissenschaftler muß

1. die ökonomischen Konsequenzen, die von außerwirtschaftlichen Zielen zu erwarten sind, darlegen;
2. gegebenenfalls die *Rückwirkungen* dieser Folgen auf andere außerökonomische Ziele aufzeigen;
3. Alternativziele außerökonomischer Art nach wirtschaftlichen Konsequenzen und deren Rückwirkungen untersuchen, so daß als wissenschaftliches Ziel
4. ein systematischer Katalog möglicher Ziele unter Angabe des damit verbundenen Aufwandes und Ertrages für die Gesamtwirtschaft entsteht.

Dementsprechend müßte die Nationalökonomie mögliche Formen der „gerechten“ Vermögensverteilung untersuchen, etwa: welches sind gemäß Punkt 1 und 2 die Auswirkungen wenn „gerecht“ bedeutet:

a) gleiches Vermögen für jeden Einwohner, b) gleiches Vermögen für jeden Erwachsenen, c) gleiches Vermögen für jeden Erwerbstätigen, d) gleiches Vermögen für jeden Haushalt, e) Vermögen proportional zum Arbeitseinkommen, f) Vermögen proportional zum Alter, g) ... z) und nach ähnlichen Kriterien.

Allein schon die Aufzählung dieser Modalitäten zeigt uns die Kompliziertheit eines solchen Problems, zeigt aber auch, mit welcher Unkenntnis der Zusammenhänge und Folgen im politischen Tagesgeschäft wohltonende Programme verkündet werden, aus denen heraus sich dann Ansprüche entwickeln, die wegen der Unerfüllbarkeit der postulierten Ziele zu sozialen und politischen Ressentiments oder ökonomischen Fehlentwicklungen führen können.

Wenn die Nationalökonomie überhaupt eine gesellschaftspolitische Funktion ausüben soll, woran wir nicht zweifeln, dann darf sie sich nicht auf die Instrumentalanalyse beschränken, sondern muß auch der Gesellschaft alle nur erhältlichen ökonomisch relevanten Informationen über die Ziele selbst bereitstellen.

Mögen die politischen Instanzen letztlich die Zielentscheidungen zu treffen und die Verantwortung dafür zu übernehmen haben, sie können und müssen erwarten, daß sie von sachkundigen Experten beraten werden, mit welchen wirtschaftlichen Inhalten die einzelnen Ziele erfüllt sind und in welchem Verhältnis sie zueinander stehen. Unbeschadet dieser Aufgabe bleibt der Nationalökonomie das traditionelle Hauptanliegen, die zur Zielerreichung notwendigen, optimalen Mittel auszuwählen und der praktischen Politik vorzuschlagen. Aber sich darauf zu beschränken, würde nicht nur eine unangebrachte und unproduktive Einengung des nationalökonomischen Forschungsbereiches bedeuten, sondern der gesellschaftspolitischen Rolle der modernen Wirtschaftswissenschaften entgegenstehen.